

Bericht des Gemeinderats zum Anzug Daniel Albietz und Kons. betreffend Entlastung und Förderung von Mittelstandsfamilien

Kurzfassung:

Die Anzugsstellenden sprechen in ihrem Vorstoss die Möglichkeit der Gemeinde Riehen zur finanziellen Entlastung der Mittelstandsfamilien an. Es wird richtigerweise angemerkt, dass Mittelstandsfamilien im Grunde staatstragend sind, genügend verdienen um nicht irgendwelche Vergünstigungen oder staatliche Beiträge zu erhalten, meist gerade genug Einkommen erzielen, um in ansehnlicher Höhe besteuert zu werden, ihre Steuern und all ihre Lebenshaltungskosten selber bezahlen, jedoch zu wenig verdienen, um es auch nur zu bescheidenem Wohlstand zu bringen.

Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Anzugsstellenden, dass die mittelständischen Familien stark belastet sind und deshalb der besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Aus diesem Grund hat er, obwohl die Gemeinde seit Jahren eine familienfreundliche Politik verfolgt, im Politikplan 2008-2011 die Familien und Jugendpolitik zu seinem Schwerpunktthema gemacht.

Trotz aller Massnahmen, welche im Rahmen der Familienpolitik umgesetzt werden, wird es jedoch nicht möglich sein, die Situation der Mittelstandsfamilien in unserer Gesellschaft grundlegend zu verändern. Einerseits werden im Rahmen der Familienpolitik entweder einkommensschwache Familien oder alle Familien berücksichtigt, andererseits ist die Gemeinde, seit das kantonale Steuergesetz übernommen werden musste, im kommunalen steuertechnischen Spielraum stark eingeschränkt.

Der Gemeinderat versucht jedoch im Rahmen der Familienpolitik den Familien generell möglichst gute Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen und diese möglichst zu unterstützen.

Der Gemeinderat beantragt, den Anzug **abzuschreiben**.

Zuständiger Gemeinderat: Christoph Bürgenmeier; Finanzen

Auskünfte erteilen: Christoph Bürgenmeier
Gemeinderat
Telefon 079 311 59 20

Reto Hammer
Abteilungsleiter Finanzen
Telefon 061 646 82 27

Juli 2008



1. Anzug

An seiner Sitzung vom 29. November 2006 hat der Einwohnerrat den nachfolgenden Anzug Daniel Albietz und Kons. betreffend Entlastung und Förderung von Mittelstandsfamilien überwiesen:

Wortlaut:

"Im Januar 2006 hat der Gemeinderat bekanntlich seinen Bericht zum Anzug von Annemarie Pfeifer betreffend Familienförderung in Riehen erstattet und ein Grundsatzpapier "Familienpolitische Ziele" präsentiert. Der erwähnte Bericht und die familienpolitischen Ziele wurden in der Einwohnerratssitzung von März 2006 behandelt und der Anzug Pfeifer abgeschrieben.

Auch wenn das Grundsatzpapier in verdienstvoller Weise einen familienpolitischen Überblick verschafft und theoretische Grundlagen für eine zukunftsgerichtete Familienpolitik legt, so fokussiert es bei den *konkreten* Massnahmen und Angeboten (unter anderem im Bereich "Finanzielle Unterstützungen und Entlastungen") etwas einseitig auf Familien an der Armutsgrenze, die von diversen im Bericht aufgeführten Vergünstigungen profitieren (KK-Prämienverbilligungen, Ausbildungs- und Mietzinsbeiträge, Jubiläumsfonds, Schulzahnpflege, Schuldgelderlass Musikschule bis hin zur Sozialhilfe). Mit diesem Blickwinkel auf "einkommensschwache Familien" (Zitat aus dem Grundsatzpapier) wird allerdings die Wirklichkeit zahlreicher Mittelstandsfamilien fast gänzlich ausgeblendet.

In einem bemerkenswerten Aufsatz (baz vom 02.02.2004) zeigt Prof. Silvio Borner, Ökonom an der Uni Basel, die Belastung der gewöhnlichen Mittelstandsfamilie auf: *"Diese Familie zahlt Miete, Krankenkassenprämien, Steuern und kommt finanziell gerade mal so knapp über die Runden: Zu reich, zu eigenverantwortlich und zu fleissig, um vom fürsorglichen Staat Unterstützung zu bekommen bzw. zu verlangen. Zu arm, um durch Sparen und Investieren zu den Reichen aufzusteigen. Lastesel eben, die sich manchmal auch politisch als Esel vorkommen (müssten). Denn zum einen finanzieren sie mit ihren Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern das wachsende Heer von (Früh-)Pensionierten, Invaliden, Arbeitslosen, Fürsorgefällen etc. Zum anderen finanzieren sie die 'Aufzucht' ihrer eigenen Kinder, die wiederum dereinst die Renten derjenigen Altersgenossen ihrer Eltern finanzieren werden, die als Singles oder kinderlose Paare auf Luxus Schiffen die Ozeane durchpflügen oder die Wellness-Resorts sämtlicher Kontinente bevölkern."*

Mit anderen Worten verdient die Mittelstandsfamilie gerade zuviel, um irgendwelche Vergünstigungen oder staatliche Beiträge zu erhalten, weist gerade genug Einkommen auf, um in ansehnlicher Höhe besteuert zu werden, bezahlt ihre Steuern und kommt auch für all ihre Lebenshaltungskosten selber auf, verdient aber zu wenig, um es auch nur zu bescheidenem Wohlstand zu bringen.

Fast könnte man meinen, dass es in der Schweiz derzeit einfacher ist, wenig zu verdienen und damit von diversen staatlichen Leistungen zu profitieren als für sein Leben selbst aufzukommen. Vergessen wird gerne, dass die Mittelstandsfamilie im Grunde staatstragend ist, weshalb man ihr (gerade in einem Kanton mit grosser



Steuerlast und hohen Gesundheitskosten) die nötige Aufmerksamkeit schenken sollte. Dies umso mehr als diese Familien mobil sind und rechnen können, wo die Lebenskosten allenfalls tiefer sind und das Umfeld insgesamt günstiger und familienfreundlicher ist.

Zusammenfassend ist die Mittelstandsfamilie eine bedrohte Art und der Gemeinderat wird anhand folgender Fragen freundlich um Prüfung und Bericht gebeten, wie seine familienpolitischen Ziele mit Blick auf die Bedürfnisse der Mittelstandsfamilie zu ergänzen sind:

- 1. Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass die mittelständische Familie in unserem Staat besonders belastet ist und wenig gefördert wird und dass sie der besonderen Pflege und Aufmerksamkeit bedarf?*
- 2. Sieht er es ebenfalls als wichtig an, für einen gerechten Lastenausgleich zwischen den Generationen zu sorgen und diejenigen zu belohnen - oder wenigstens nicht mehr länger zu bestrafen -, die arbeiten und Kinder aufziehen?*
- 3. Mit welchen Massnahmen will der Gemeinderat das Umfeld und die Bedingungen für Mittelstandsfamilien verbessern, um deren Abwanderung in umliegende Gemeinden aufzuhalten?*
- 4. Könnte sich der Gemeinderat sogar zum Ziel setzen, den Trend nach Möglichkeit umzukehren und die Rahmenbedingungen auf eine Weise zu verbessern, dass zusätzliche Familien aus dem Mittelstand einen Wohnsitzwechsel nach Riehen ins Auge fassen? Falls ja, auf welche Weise könnte dies geschehen?*
- 5. Welchen Beitrag kann die Gemeinde leisten und wo sind Bund und Kanton in der Pflicht?"*

sig.	Daniel Albietz	Rolf Meyer
	Martin Abel	Thomas Meyer
	Niggi Benkler	David Moor
	Rolf Brüderlin	Peter Nussberger
	Simone Forcart-Staehelin	Annemarie Pfeifer-Eggenberger
	Siegfried Gysel	Eduard Rutschmann
	Marlies Jenni-Egger	Claudia Schultheiss-Bühlmann
	Ursula Kissling-Rebholz	Heinrich Ueberwasser
	Monika Kölliker-Jerg	Peter A. Vogt
	Daniel Liederer	Felix Werner
	Christine Locher-Hoch	Heiner Wohlfart
	Hans Rudolf Lüthi	Peter Zinkernagel

2. Bericht des Gemeinderats

Die Anzugsstellenden sprechen in ihrem Vorstoss die Möglichkeit der Gemeinde Riehen zur finanziellen Entlastung der Mittelstandsfamilien an. Es wird richtigerweise angemerkt, dass Mittelstandsfamilien im Grunde staatstragend sind, genügend verdienen um nicht irgendwelche Vergünstigungen oder staatliche Beiträge zu erhalten, meist gerade genug Einkommen



erzielen, um in ansehnlicher Höhe besteuert zu werden, ihre Steuern und all ihre Lebenshaltungskosten selber bezahlen, jedoch zu wenig verdienen, um es auch nur zu bescheidenem Wohlstand zu bringen.

Auch wenn sicherlich richtig ist, dass sich niemand als Ergebnis einer Kosten-Nutzen-Abwägung für Kinder entscheidet - bei der Entscheidung gegen Kinder oder gegen weitere Kinder spielen Geld und die Angst vor finanziellen Einbussen eine große Rolle, wie aktuelle Umfragen zu den Gründen der Kinderlosigkeit bestätigen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Anliegen der mittelständischen Familien im Rahmen der Familienpolitik möglichst stark berücksichtigt werden.

Es soll jedoch angemerkt werden, dass in der Anzugsbeantwortung ein wesentlicher Bestandteil des Lebens mit Kindern ausgeblendet bleibt, der für Eltern und Menschen, die sich Kinder wünschen, viel wichtiger ist als die so genannten Kinderkosten: Das Glück, das es bedeutet, Kinder zu haben, sie aufwachsen zu sehen und sie ins Leben zu führen.

Der Gemeinderat nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

1. *Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass die mittelständische Familie in unserem Staat besonders belastet ist und wenig gefördert wird und dass sie der besonderen Pflege und Aufmerksamkeit bedarf?*

Der Gemeinderat ist sich der Tatsache bewusst, dass die mittelständischen Familien in unserem Staat besonders belastet sind. Der Gemeinderat ist sich gleichwohl bewusst, dass Riehen aufgrund der teilweise hohen Lebenshaltungskosten (Mietzinse, Krankenkassenprämien, Liegenschaftspreise, Steuern) in der Standortattraktivität für Familien in Konkurrenz mit den umliegenden Gemeinden steht.

Obwohl der Gemeinderat seit Jahren eine familienfreundliche Politik verfolgt, hat er im Politikplan 2008-2011 die Familien und Jugendpolitik zu einem Schwerpunktthema gemacht. Diese Massnahme zeigt, dass sich der Gemeinderat bewusst ist, dass die Familienpolitik ein wichtiger Teil der Gemeindepolitik darstellt und diese einer besonderen Pflege und Aufmerksamkeit bedarf.

2. *Sieht er es ebenfalls als wichtig an, für einen gerechten Lastenausgleich zwischen den Generationen zu sorgen und diejenigen zu belohnen - oder wenigstens nicht mehr länger zu bestrafen -, die arbeiten und Kinder aufziehen?*

Ab 2003 musste nach der kantonalen Abstimmung das Steuergesetz von Basel-Stadt übernommen werden, was den kommunalen steuertechnischen Spielraum stark einschränkte. Aus diesem Grund ist die Gemeinde Riehen bei der Ausgestaltung der Steuerkurve nicht mehr souverän, sondern übernimmt die Steuerkurve des Kantons. Die Gemeinde ist einzig bei der Festlegung des Steuerfusses mehr oder weniger autonom. Eine Änderung des Steuerfusses wirkt sich hingegen bei allen Einkommensklassen und Haushaltsformen aus. Diese Tatsache bedeutet, dass die Gemeinde durch die Ausgestaltung des Steuerfusses



nicht in der Lage ist, beispielsweise Familien mit Kindern auf Kosten von Doppelverdienern ohne Kinder zu entlasten.

Der Gemeinderat begrüsst deshalb auch das vom Kanton Basel beschlossene Steuersenkungspaket, welches ab der Steuerperiode 2008 in Kraft getreten ist. Die neue Steuerkurve entlastet nicht nur die unteren Einkommensklassen, sondern auch Familien mit Kindern erheblich. Beispielsweise versteuert eine Familie mit zwei Kindern und einem Totaleinkommen von CHF 120'000.- nach Abzügen noch ein Einkommen von CHF 61'400.-, gegenüber CHF 96'000.-, welches eine alleinstehende Person mit gleichem Einkommen zu versteuern hat. Die Steuerersparnis der Familie mit zwei Kindern in Bezug auf die Situation vor dem Steuerersparpakets beträgt 12,4%, die Steuerersparnis der alleinstehenden Person 4,22%.

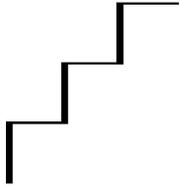
Vollständigkeitshalber soll jedoch angemerkt werden, dass ein gewisser Lastenausgleich zwischen den Singles und den kinderlosen Paaren einerseits und den Familien mit Kindern andererseits bereits vorgenommen wird. Da beispielsweise nur die Kosten eines Schuljahres, ohne Berücksichtigung der weiteren familienfördernden Massnahmen der Gemeinde Riehen, pro Kind bereits bei rund CHF 10'000.- liegen, muss durchaus angenommen werden, dass diese Kosten letztendlich nicht von den Steuererträgen der Familien abgedeckt werden können, sondern auch von Singles und kinderlosen Paaren getragen werden.

3. Mit welchen Massnahmen will der Gemeinderat das Umfeld und die Bedingungen für Mittelstandsfamilien verbessern, um deren Abwanderung in umliegende Gemeinden aufzuhalten?

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass der Gemeinderat bereits seit Jahren eine familienfreundliche Politik verfolgt. Als kinder- und familienfreundlicher Ort verfügt Riehen schon lange über vielfältige Vorschulangebote und Freizeiteinrichtungen. Riehen kann mit seinen grosszügigen Grünflächen Kindern den notwendigen Lebensraum für eine gesunde Entwicklung bieten. Quartiervereine, Nachbarschaftshilfen, Institutionen und Vereine tragen mit ihrer Arbeit ebenfalls einen wichtigen Teil zur Unterstützung der Familien bei. Trotz dieser Bemühungen ist Riehen, im Vergleich mit anderen Gemeinden, aufgrund teilweise hoher Grundlebenshaltungskosten (Krankenkassenprämien, Mietzinse, Liegenschaftspreise, Steuern) heute in seiner Wohnortattraktivität für Familien mit Kindern gefährdet. Siehe dazu auch den Bericht des Gemeinderats zum Anzug Annemarie Pfeifer und Kons. betreffend Familienförderung in Riehen vom Januar 2006 (Familienpolitische Ziele).

Wie auch im Politikplan 2008-2011 erwähnt ist, sind aus Sicht des Gemeinderats die bevorstehende Kommunalisierung der Primarschulen und der bereits erfolgte oder eingeleitete Ausbau der familienergänzenden Tagesbetreuung wichtige Faktoren, um die Standortattraktivität der Gemeinde für Familien zu steigern. Nebst diesen Massnahmen setzt der Gemeinderat zur Unterstützung der Familienpolitik auch auf eine familienfreundliche Siedlungspolitik sowie eine familienfreundliche Wohnumfeldgestaltung.

Um die Standortattraktivität für Familien mit Kindern zu erhöhen, will der Gemeinderat bei der Siedlungsentwicklung und -gestaltung die familienpolitischen Aspekte noch stärker berücksichtigen. Auf geeigneten gemeindeeigenen Bauparzellen will er einen Schwerpunkt



beim familienfreundlichen Wohnungsbau setzen. So sollen im Gebiet Stettenfeld über Bebauungspläne markante familienfreundliche Einrichtungen eingeplant werden. Der Bau und der Betrieb eines Freizeitzentrums im Stettenfeld, ähnlich dem des Freizeitzentrums Landauer, soll geprüft werden. Bei der Überbauung des Areals „Bosenhaldenweg / Steingrubenweg“ soll auf eine familienfreundliche Umgebungsgestaltung Einfluss genommen werden. Weiter will die Gemeinde den Genossenschaften für familienfreundliche Bauerweiterungen zinsgünstige Darlehen offerieren, verbunden mit der Bedingung, dass die entsprechenden Wohnungen in Bezug auf Grösse und Ausstattung familientauglich werden und dass diese Wohnungen tatsächlich von Familien mit Kindern belegt oder dass sogenannte Stöckliwohnungen für ältere Personen gebaut werden.

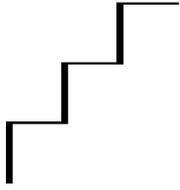
Wichtig für die gesunde Entwicklung und die Standortattraktivität der Gemeinde sowie für die emotionale Bindung der Familien zur Gemeinde ist, dass Jugendliche und ihre Familien die Freizeit in Riehen verbringen können. Aus diesem Grund soll das qualitativ hoch stehende kulturelle Angebot aufrechterhalten und die Sport- und Freizeitanlagen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ausgebaut werden. Der Gemeinderat will mit der geplanten Neuausrichtung des Schwimmbads und der gezielten Erneuerung bzw. Neugestaltung von Spielplätzen einem wichtigen Bedürfnis von Familien mit Kindern entgegenkommen. Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen wird neben der Präventions- und Beziehungsarbeit der Mobilen Jugendarbeit deren so genannte „Brennpunktarbeit“ immer wichtiger werden. Die Mobile Jugendarbeit soll mit dieser Zielsetzung weitergeführt werden. Zudem soll die erfolgreiche Kampagne „Stark durch Erziehung“ in den nächsten zwei Jahren in enger Zusammenarbeit mit den Spielgruppen, Tagesheimen, Kindergärten, Schulen, Sozialberatungsstellen und privaten Anbietenden von Elternbildungskursen gezielt vertieft werden.

Das vom Parlament angenommene Steuerpaket wird ebenfalls die Standortattraktivität Riehens für Familien fördern, indem die Einkommenssteuer deutlich gesenkt wird. Deutliche Steuerentlastungen erhalten durch das Steuerpaket die unteren bis mittleren Einkommen, insbesondere auch Familien mit Kindern.

- 4. Könnte sich der Gemeinderat sogar zum Ziel setzen, den Trend nach Möglichkeit umzukehren und die Rahmenbedingungen auf eine Weise zu verbessern, dass zusätzliche Familien aus dem Mittelstand einen Wohnsitzwechsel nach Riehen ins Auge fassen? Falls ja, auf welche Weise könnte dies geschehen?*

Auch der Gemeinderat strebt eine möglichst gute Durchmischung der Bevölkerungsstruktur und einen adäquaten Anteil an mittelständischen Familien an. Der Gemeinderat begrüsst deshalb auch das vom Kanton Basel-Stadt beschlossene Steuersenkungspaket, welches ab der Steuerperiode 2008 in Kraft getreten ist. Die neue Steuerkurve entlastet nicht nur die unteren Einkommensklassen, sondern auch Familien mit Kindern erheblich. Es gilt abzuwarten, ob die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern, gepaart mit den vielen familienfreundlichen Angeboten, zu einer Trendumkehr führen wird.

Als weitere Massnahme soll geprüft werden, ob die diversen familienfreundlichen Leistungen der Gemeinde Riehen besser vermarktet werden können. Eine Möglichkeit ergibt sich



Seite 7

aufgrund der Auswertung der Standortbestimmung „Kinderfreundliche Gemeinde“, welche von der Gemeinde Riehen beantwortet und von UNICEF Schweiz analysiert wurde. Gemäss dieser Auswertung wird der Gemeinde Riehen empfohlen, sich um die Auszeichnung „Kinderfreundliche Gemeinde“ zu bewerben. Gegenwärtig wird geprüft, ob Riehen diese Auszeichnung anstreben möchte.

5. Welchen Beitrag kann die Gemeinde leisten und wo sind Bund und Kanton in der Pflicht?

Da im Bericht des Gemeinderats zum Anzug Annemarie Pfeifer und Kons. betreffend Familienförderung in Riehen vom Januar 2006 (Familienpolitische Ziele) bereits ein ausführlicher Überblick auf Angebote und Vergünstigungen mit den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen gegeben ist, sollen diese Leistungen bei dieser Frage nicht mehr im Detail erörtert werden. Im erwähnten Grundlagenpapier werden nebst Leistungen für einkommensschwache Familien auch die bestehenden Leistungen aufgezeigt, von denen die Familien generell und somit auch die Mittelstandsfamilien profitieren.

Dies sind auf:

Bundesebene: Familienzulagen und Mutterschaftsversicherung.

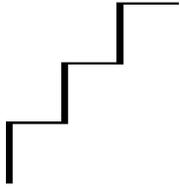
Kantonebene: KK-Prämienverbilligungen, Ausbildungs- und Mietzinsbeiträge, Jubiläumsfonds und Sozialhilfe.

Gemeindeebene: Tagesbetreuung, Kindergärten, Primarschulen, Freizeitangebote, Mobile Jugendarbeit, Elternbildung, Schulgeldermässigung für Musikschule, Beiträge an die Schulzahnpflege, Wohnumfeldgestaltung und Siedlungspolitik.

Die möglichen Leistungen der Gemeinde wurden in Frage 3 bereits ausführlich aufgezeigt und werden im Rahmen der Familienpolitik vom Gemeinderat berücksichtigt. Selbstverständlich wäre es der Gemeinde Riehen theoretisch möglich, eine Strafabgabe von kinderlosen Haushalten zu Gunsten von mittelständischen Familien einzuführen oder die mittelständischen Familien mit Direktzahlungen zu unterstützen. Dies dürfte jedoch politisch kaum durchführbar sein und würde bedeuten, dass zuerst definiert werden muss, in welchem Einkommensbereich die mittelständischen Familien einzureihen sind.

Die grösste Möglichkeit zur Entlastung von mittelständischen Familien liegt bei der Ausgestaltung der Einkommenssteuerkurve und somit beim Kanton. Der Gemeinderat begrüsst deshalb auch die Einführung des kantonalen Steuerpakets ab der Steuerperiode 2008, dank dem die Familien generell und somit auch die Mittelstandsfamilien entlastet werden.

Eine familiengerechte Steuerpolitik muss sich allerdings nicht nur auf die Einkommenssteuer allein beschränken: Bisher noch vernachlässigt werden die Verbrauchssteuern, die auf den Kindesunterhalt entfallen. Dabei handelt es sich zum Beispiel um die Mehrwertsteuer, aber



Seite 8

auch um die Steuern auf Energie. Die indirekten Steuern machen bereits jetzt einen höheren Teil am Steueraufkommen aus als die direkten einkommensbezogenen Steuern und es ist damit zu rechnen, dass die indirekte Steuerlast weiter ansteigt.

Weil die indirekten Steuern am Verbrauch anknüpfen, treffen sie Mehrpersonen-Haushalte mit Kindern stärker als Haushalte ohne Kinder. Anschaulich zeigt sich das zum Beispiel bei den Energiesteuern: Familien mit mehreren Kindern brauchen mehr Strom, mehr Öl, mehr Wasser, mehr Benzin als ein kleiner kinderloser Haushalt. Familien sind daher durch Verbrauchssteuern überdurchschnittlich belastet.

Ausgerechnet die Verbrauchssteuern aber kennen anders als die Einkommensteuer keinerlei Familienkomponente und werden unterschiedslos auch auf den Unterhalt der Kinder erhoben.

Hier wäre auf Bundesebene beispielsweise eine pauschale Rückerstattung der auf den Kindesunterhalt entfallenden Verbrauchssteuern zusammen mit dem Kindergeld anzustreben.

Eine solche Massnahme muss jedoch vom Bund getätigt werden und liegt nicht im Kompetenzbereich der Gemeinde.

3. Fazit

Dem Gemeinderat ist es bewusst, dass er es kaum mit finanzierbaren Massnahmen verändern kann, dass der Mittelstand und in erster Linie die mittelständischen Familien die finanziell am stärksten belastete Klasse der Gesellschaft darstellen. Der Gemeinderat versucht jedoch im Rahmen der Familienpolitik, den Familien generell möglichst gute Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen und diese möglichst zu unterstützen.

4. Antrag

Der Gemeinderat beantragt, den Anzug **abzuschreiben**.

22. Juli 2008

Gemeinderat Riehen

Der Vizepräsident:

Christoph Bürgenmeier

Der Gemeindeverwalter-
Stellvertreter:

Urs Denzler